

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 78 (2003)
Heft: 11

Rubrik: Notizbuch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

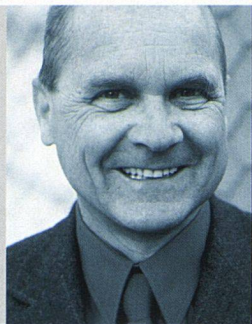
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Falsche Signale aus dem Parlament

National- und Ständerat haben in der Herbstsession eine Sistierung der Wohnbauförderung beschlossen. Dieser Entscheid ist nicht nur finanz-, sondern auch wohnungspolitisch falsch.

VON FRITZ NIGG ■ Im Kreis der Baugenossenschaften ist man enttäuscht, dass National- und Ständerat die direkte Bundeshilfe für den sozialen Wohnungsbau im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 gestrichen oder, wie sie sagen, «eingespart» haben. Dies um so mehr, als die Damen und Herren genau wussten, dass von der so genannten Einsparung nichts zurückbleibt, wenn man die dem Staat deswegen entgangenen Steuereinnahmen dagegen aufrechnet. Da war das Signal offenbar wichtiger als der Effekt.

Aber das Signal war falsch, nicht nur finanzpolitisch, sondern noch mehr wohnungspolitisch. Angesichts des drückenden Mangels an preisgünstigen Wohnungen, der sich seit 1999 auf immer weitere Landesgegenden ausbreitet, lautet es: «Ist kein Problem des Bundes.» Obwohl in der Verfassung das Gegenteil steht.

Ein weiteres Signal gab das Parlament mit dem Steuerpaket. Während in Deutschland auf Ebene des Bundes wie auch gewisser Länder die staatliche Förderung des Wohneigentums eingestellt werden soll, leistet sich die Schweiz den Luxus, diese trotz leerer Kassen noch auszuweiten. Dabei ist in unse-

rem Land der Anteil des Wohneigentums auch ohne diese zusätzlichen Massnahmen von 1990 auf 2000 um mehr als zehn Prozent gestiegen. Das Parlament will also auf Hunderte von Millionen Steuereinnahmen verzichten, um offene Türen einzurennen. Zum Glück werden dank dem Referendum der Kantone die zahlenmässig stärkeren Mieterinnen und Mieter das letzte Wort haben. Freilich werden sie erst beweisen müssen, dass sie auch politisch stärker sind.

Während die Investoren sich trotz der Aussicht auf ein in ihrem Sinn verbessertes Mietrecht aus dem Markt zurückziehen, sind die Baugenossenschaften aktiv wie selten zuvor. Dabei kommt ihnen die indirekte Hilfe des Bundes durch Fonds de Roulement, EGW, Bürgschaftsgenossenschaft und vermehrte Dienstleistungen der Verbände sehr zustatten. Zum Glück hat das Parlament diese Förderungsmassnahmen nicht angetastet. Ihre Wirkung ist denn auch überzeugend. Um mehr als 10 000 Wohnungen erhöhten die Genossenschaften ihren Bestand von 1990 bis 2000, und diese Entwicklung geht weiter. Schon heute dürften die gemeinnützigen Wohnbauträger mit Einschluss der Stiftungen im Bereich der Mietwohnungen die grösste Anlegergruppe darstellen, noch vor den Pensionskassen. Aber auch zur indirekten Förderung waren aus dem Parlament leise Signale zu vernehmen, im Zusammenhang mit einem weiteren Spar- oder Entlastungspaket. Bei diesem könnte sogar die indirekte

Hilfe an die Genossenschaften ins Visier genommen werden. Allerdings sendet der Wohnungsmarkt seine eigenen Signale aus, die kein Politiker totschweigen kann. Der Mangel an preisgünstigen Wohnungen wird seit 1999 zunehmend grösser. Während männiglich die Überalterung beklagt, kümmert sich aber die Politik kaum um die Ursachen: Nämlich dass Kinder zu haben heute ein Armutsrisiko darstellt und dass die neuen Wohnungen für die meisten Familien mit nur einem erwerbstätigen Elternteil zu teuer sind. Genau hier hätten die Direktdarlehen des Bundes Gegensteuer gegeben.

In Kantonen wie Zug oder Zürich, wo der Wohnungsmangel bereits wieder zu einem Politikum geworden ist, versuchen die Behörden eine Wohnbauförderung einzuführen, die administrativ möglichst einfach zu lösen ist. Die Direkthilfe des Bundes wäre für sie dabei begleitend gewesen. Indem die eidgenössischen Räte diese nun auf Eis gelegt haben, gaben sie den Kantonen ein falsches Signal. Es kam ausgerechnet von jenen Parteien, die mehr von der Wohnbauförderung an die Kantone abgeben wollen!

Auch für mich ist die Leidensgeschichte der Wohnbauförderung, zuerst die Kreditvorlage, dann der Sparbeschluss, ein Signal. Nämlich dafür, wie sehr das eidgenössische Parlament überfordert ist, wie ungehindert geldmächtige Interessen dominieren und wie wenig sich dort mit sachlichen Argumenten erreichen lässt.

Anzeige



Erhalten. Erneuern. Erstellen.

die guten Gärtner

Gartenbau-Genossenschaft Zürich/Im Holzerhurd 56/8046 Zürich
Telefon 01 371 55 55/Fax 01 371 05 20/www.ggz-gartenbau.ch